

Rede
des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert
anlässlich des Festaktes zum 100jährigen Bestehen der Ganske Verlagsgruppe
am 16. Mai 2007 in Hamburg

„Genug, die Leute glauben nur an Geld...“ – Zum Verhältnis von Kultur und
Ökonomie

Sehr geehrter Herr Ganske,
verehrte Gäste,

dass Sie alle noch da sind, beeindruckt mich fast mehr, als dass ich tatsächlich noch angekommen bin. Jedenfalls habe ich mich auf der zweiten Hälfte einer quälend zähen Anreise nach Hamburg sehr viel intensiver mit dem Verhältnis von Raum und Zeit beschäftigt als mit dem Verhältnis von Kultur und Ökonomie, über das ich eigentlich reden soll. Und dass Sie jetzt gewissermaßen zuallerletzt auch noch, statt weiter Heine, Lammert hören müssen, ist eine Zumutung, die ich Ihnen dann fast auch noch gerne erspart hätte. Aber die Verkehrsverhältnisse waren so eindeutig hoffnungslos, dass selbst der geordnete Rückzug nicht leichter möglich gewesen wäre als der weitere Vormarsch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Heinrich Heines Vermutung, „Genug, die Leute glauben nur an Geld“ ist wesentlich älter als die Verlagsgruppe, deren 100-jähriges Bestehen wir heute feiern. Zeitnäher ist da Arthur Schopenhauer, mit seiner damaligen Behauptung:

„Neun Zehntel unserer ganzen jetzigen Literatur haben keinen anderen Zweck, als dem Publika einige Taler aus der Tasche zu spielen. Dazu haben sich Autor, Verleger und Rezensent fest verschworen.“

Auch diese Zeiten sind längst vorbei. Verschwörungen sind selten geworden, auch zwischen Autoren und Verlegern. Rezensenten decken Verschwörungen allenfalls auf, sind selber aber nie daran beteiligt.

Aber ich habe Ihnen eine ganz aktuelle Beobachtung zum Verhältnis von Kultur und Ökonomie mitgebracht - aus einer Fundstelle, bei der Sie vermutlich dieses luzide Beobachtungsvermögen eher nicht vermuten würden. Sie lautet:

„Mit Kultur lässt sich Geld verdienen und mit Geld lässt sich Kultur machen“.

Steht wo? In einem gemeinsamen Antrag der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, mit dem Titel „Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung stärken“ - für diejenigen, die das unbedingt sofort im Original nachlesen möchten, Drucksache 16/5110 vom 25. April 2007. Der letzte verfügbare Befund zum Thema.

Das Zitat setzt sich übrigens folgendermaßen fort:

„Beide Seiten, Kultur und Wirtschaft, wissen um diese positive, aber komplizierte Symbiose. Es gibt erhebliche Berührungsängste und Vorbehalte zwischen denen, die Kultur bzw. insbesondere die Künste als autonomes Gut öffentlich finanziert wissen möchten, und jenen, die Kulturgüter auf Märkten handeln.“

Das ist sicher auch nicht frei erfunden - Koalitionsfraktionen erfinden ohnehin nichts - aber es ist vielleicht doch eine etwas voreilige Verallgemeinerung. Es gibt jedenfalls auch virtuose Formen der Verbindung der einen mit der anderen Seite. Bei Künstlern wie bei Wissenschaftlern, bei Schriftstellern wie bei Verlegern.

Fest steht: Das Verhältnis von Kultur und Ökonomie ist eher kompliziert. Ich will zur Beschreibung des Themas ein paar Daten nennen, die zwar nicht alle Zusammenhänge

transparent machen, aber vielleicht zumindest die Größenordnungen verdeutlichen, mit denen wir hier zu tun haben:

Wenn man einem Vorschlag des Arbeitskreises Kulturstatistik, dem wir viele kluge Analysen über Zusammenhänge im nationalen wie im internationalen Maßstab über Kulturausgaben und Strukturen öffentlich und privat verfasster Systeme verdanken, folgt und zur Kulturwirtschaft die Verlage, die Filmwirtschaft, Rundfunk und Fernsehen, Journalisten- und Nachrichtenbüros, Buch- und Zeitschriftenhandel, die darstellenden und bildenden Künste, die Literatur, die Musik, die Museen und Kunstaustellungen, Architektur und Designwirtschaft zählt, dann reden wir bei der Kulturwirtschaft in Deutschland über eine Branche mit einer Bruttowertschöpfung von insgesamt 36 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anteil von 1,6 Prozent am Bruttoinlandprodukt.

Das muss einen nicht unbedingt und nicht sofort erschüttern - die Kulturwirtschaft liegt aber damit immerhin, was die Größenordnung der eigenen Wertschöpfung angeht, ziemlich genau zwischen der chemischen Industrie und der Energiewirtschaft. Dass deren Anteil an der Bruttowertschöpfung in Deutschland kleiner ist als der Kulturwirtschaft, muss man nicht für Allgemeingut halten. Der Buchmarkt macht an diesem Gesamtbereich etwa neun bis zehn Milliarden an in Endverbraucherpreisen gerechneten Beträgen aus – Herr Honnefelder, ich komme auf das Thema zurück – und ist damit, um auch Größenordnungen abzubilden, ziemlich genau halb so groß wie die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie - eine erkennbar verwandte Branche, beide haben mit Höhenflügen zu tun und mit seltenen Abstürzen.

Wichtig jedenfalls für die politische Beschäftigung mit der Kulturwirtschaft ist die Erkenntnis, dass wir hier es mit einem der dynamischsten Wirtschaftssektoren unserer Volkswirtschaft überhaupt zu tun haben. Sie hat sich in den letzten Jahren in ihren Wachstumsraten fast immer deutlich günstiger entwickelt als der Durchschnitt unserer Volkswirtschaft. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre zwischen 1995 und 2000 wurde in dieser Branche ein Beschäftigungszuwachs von rund zwanzig Prozent verzeichnet,

in einem Zeitraum, in dem die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft um ganze zwei Prozent gewachsen ist.

Und um die durchaus beachtliche ökonomische Bedeutung dieses Sektors zu bestätigen: In diesem wie vorhin definierten Kultursektor existieren mit 815.000 mehr Arbeitsplätze als im Kreditgewerbe und fast ebenso viele wie im Fahrzeugbau.

Wir reden also nicht nur über eine lebenswürdige Nische, nicht über eine Liebhaberei, die man teilen kann oder auch nicht. Wir reden über einen der bedeutenden ökonomischen Sektoren unserer Volkswirtschaft. Zunehmend entdecken auch andere immer häufiger diesen Zusammenhang. Gestern war im Wirtschaftsteil der ernster zu nehmenden Zeitungen zu lesen, dass auch die Europäische Kommission sich von einer europäischen Kulturpolitik nicht nur erhebliche Beiträge zur kulturellen Vielfalt, sondern auch zum Wirtschaftswachstum in Europa erwartet.

Tatsächlich gilt auch in der Europäischen Union der Kultur- und Kreativsektor längst als neue Wachstumsbranche. Er hat in den Grenzen dieser Gemeinschaft einen Umsatz von 654 Milliarden Euro. Das ist mehr als doppelt so hoch wie der Umsatz der Automobilindustrie in der Europäischen Gemeinschaft, und der Kultur- und Kreativsektor beschäftigt in Europa etwa fünf Millionen Erwerbstätige - gut drei Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung. Im Branchenvergleich leistet dieser Sektor einen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt Europas in Höhe von 2,6 Prozent - ein Beitrag, der schon jetzt höher ist als der Beitrag der Immobilienbranche oder der Chemieindustrie. Nur nachrichtlich und als Motivationshilfe für die nächsten 100 Jahre, Herr Ganske: in Deutschland liegen wir, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, mit unserem Anteil unter dem Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft, wengleich wir in der absoluten Größe des Umsatzes und der Beschäftigung zusammen mit Großbritannien die Spitzengruppe innerhalb Europas bilden.

Bei den doch bemerkenswerten Zahlen, bei denen Sie, wie ich annehme, vielleicht mehr von den Relationen überrascht sind als von den Größenordnungen, ist einigermaßen erstaunlich, dass es in der Volkswirtschaftstheorie jahrelang eine

bemerkenswerte Vernachlässigung dieses Zusammenhanges gegeben hat. Ganz offenkundig hat Kultur über ihre originären Anliegen hinaus eine beachtliche ökonomische Funktion und Wirkung, die bislang, wenn man die liebevolle Beschäftigung mit anderen Branchen und deren tatsächlichen oder vermeintlichen Wachstumspotenzialen als Vergleich heranzieht, regelmäßig unterschätzt, jedenfalls vernachlässigt worden ist. Auch das scheint sich neuerdings zu ändern. „Kultur und Ökonomie“ ist eines der boomenden Forschungsgebiete der Disziplin geworden. Auch der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft Edmund Phelps forscht über das Thema und hat kürzlich seine Überzeugung zu Protokoll gegeben, ich zitiere: „Die Kultur eines Landes ist mitentscheidend für seine wirtschaftliche Performance“.

Das ist übrigens nicht so ganz brandneu - schon zu dem Zeitpunkt, als die Ganske Verlagsgruppe gegründet wurde, war Max Weber mit religionssoziologischen Studien unterwegs. Spätestens seit seiner brillanten Analyse über den Geist des Kapitalismus und die protestantische Ethik ist die Vermutung von Zusammenhängen zwischen dem einen und dem anderen wissenschaftlich fest etabliert.

Auffällig ist aber, dass sich in jüngerer Zeit immer mehr Städte und auch immer mehr Bundesländer an die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesen Zusammenhängen gemacht haben und dabei nicht zuletzt die Frage untersuchen, ob überhaupt und wenn ja, in welchem Umfang sich Ausgaben für Kunst und Kultur gesamtwirtschaftlich rechnen. Allein der Umstand, dass sich solche kulturwissenschaftlichen Studien in den letzten vier bis fünf Jahren auffällig mehren, vermittelt nach meinem Verständnis zwei Botschaften:

Die erste Botschaft ist: Die Ausgaben öffentlicher Hände für Kunst und Kultur geraten zunehmend unter Rechtfertigungsdruck.

Die zweite Botschaft, zur Entwarnung, lautet: Ausnahmslos alle Studien, die dazu bisher erstellt worden sind, kommen zu dem übereinstimmenden Ergebnis, dass die Investitionen in diesen Bereich sich gesamtwirtschaftlich glänzend rentieren und dass mit einer im Übrigen eher überraschenden Präzision der ökonomische Nutzen der

Kulturausgaben in den Kommunen bzw. in den Regionen anfällt, in denen die Ausgaben getätigt worden sind. Das wird nicht nur Frau von Welck gut gefallen, es wird andere Kulturminister, Kulturdezernenten und Senatoren hoffentlich auch beruhigen: Kultur rechnet sich.

Aber auch und gerade weil ich heute über das Verhältnis von Kultur und Ökonomie sprechen soll, lege ich Wert auf den Hinweis, dass Kulturförderung mehr sein muss als die Verlängerung der Wirtschaftsförderung mit anderen Mitteln. Ich habe aber auch eine Version für die Wirtschaftssenatoren: Kulturförderung ist die Verlängerung der Wirtschaftsförderung mit anderen Mitteln! Es besteht auch und gerade aus der Sicht der Wirtschaftsressorts kein Anlass zum Misstrauen. Denn es gibt die begründete Aussicht, dass das, was in diesem Bereich investiert wird, sich zumindest ähnlich eindrucksvoll rentiert, wie das von Investitionen in anderen Bereichen erhofft wird.

Meine Damen und Herren, für die Ökonomie wie die Kultur gilt in ähnlicher Weise, dass der Staat weder eine allgemeine, noch umfassende Zuständigkeit für sie hat, aber gleichwohl beachtlichen Einfluss auf die jeweiligen Entwicklungsbedingungen. Die kürzeste und zugleich richtige Antwort auf die Frage "Wer trägt die Verantwortung für die Kultur" müsste lauten: Wir – wir alle! Die Bürgerinnen und Bürger, die Kulturschaffenden wie die Nutzer, die Autoren wie die Verlage, die Vereine und Verbände, die Kirchen und die Medien, die Parteien - und der Staat. Der Staat nicht zuerst, aber auch ganz gewiss nicht zuletzt - er hat eine unverzichtbare, auch nicht kompensierbare, aber ganz sicher keine exklusive Verantwortung für die Kultur dieses Landes und dieser Gesellschaft.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Die beiden Sätze werden Ihnen bekannt vorkommen, sie finden sich im Artikel 20 unseres Grundgesetzes. Dieses Grundgesetz verpflichtet den deutschen Staat ausdrücklich auf die Prinzipien der Demokratie, des Sozialstaats, des Bundesstaats und des Rechtsstaats. Von Kulturstaat ist dagegen keine Rede - jedenfalls nicht in diesem Zusammenhang.

Tatsächlich hat die politische Praxis in genau diesem Zusammenhang die Verfassungstheorie längst eingeholt. Natürlich hat jeder Staat eine kulturpolitische Verantwortung. Wie weit oder eng auch immer der Staat seine Aufgaben versteht, ob er sie ausweitet oder aus guten Gründen vielleicht auch eher zurückführen möchte - er ist für die Lebensbedingungen seiner Bürger verantwortlich, jedenfalls mitverantwortlich. Dass dazu innere und äußere Sicherheit, Polizei und Armee, Krankenhäuser und Kasernen, Straßen und Bäder, nicht aber Sprache, Geschichte, Tradition, also die Kultur eines Landes, gehören sollen, ist eine absurde Vorstellung. Zu den staatlichen Aufgaben zählt natürlich auch die Verantwortung für Kunst und Kultur. Dieses Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Kulturstaat hat nach manchen Bekräftigungen auch in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sowie im Einigungsvertrag, also im Kontext der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, nun auch ausdrücklich einen verfassungsrelevanten Niederschlag gefunden.

Es gibt gewiss viele große Kulturnationen. Aber es gibt nur wenige Staaten, die für Kunst und Kultur absolut und relativ so viele öffentliche Mittel einsetzen wie Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland. Über neunzig Prozent der Kulturausgaben in Deutschland werden aus staatlichen Haushalten aufgebracht. Weniger als zehn Prozent von Privatpersonen, gemeinnützigen Organisationen, Stiftungen und Sponsoren, deren Anteil an der Gesamtfinanzierung in der Öffentlichkeit inzwischen maßlos überschätzt wird - so wichtig und willkommen er auch sicher ist. Diese Relation von ziemlich genau 90:10 öffentlicher und privater bürgerschaftlicher Verantwortung für die Finanzierungserfordernisse eines Kulturstaates versteht sich keineswegs von selbst. Es gibt andere bedeutende Länder, in denen die Relation völlig anders ist. In den Vereinigten Staaten sind sie fast präzise umgekehrt: Zehn Prozent öffentlich und neunzig Prozent privat bürgerschaftlich organisiert. Dahinter steht ein grundlegend anderes Verständnis von der Aufgabenstellung der Kunst- und Kulturförderung. Dort, in den Vereinigten Staaten, wird Kunst- und Kulturförderung als private, in Deutschland dagegen als öffentliche Aufgabe verstanden. Gott sei Dank, wie ich hinzufüge, und überhaupt nur verständlich und erklärbar auf dem Hintergrund einer jahrhundertalten Geschichte, in der ein Föderalismus, der damals noch nicht so hieß,

auch im konkurrierenden Repräsentationsaufwand rivalisierender Fürstenhäuser die Vielzahl, die Breite, die Verteilung der Kunst- und Kultureinrichtungen in Deutschland möglich machte, die wir im besten Wortsinn geerbt haben und manchmal etwas vorschnell für selbstverständlich halten.

Die vorgetragenen Größenordnungen sind, wie Größenordnungen immer, natürlich relativ. Doch wenn Bund, Länder und Gemeinden für Kunst- und Kulturförderung in Deutschland, ich lasse jetzt mal die auswärtige Kulturpolitik außen vor, gut acht Milliarden Euro im Jahr aufwenden, dann bedeutet dies, dass im Jahr pro Einwohner für Kunst und Kultur ziemlich genau 100 Euro aus öffentlichen Kassen verausgabt werden. Der Anteil der Kunst und Kulturförderung an den öffentlichen Haushalten beläuft sich damit auf übersichtliche 1,75 Prozent. In Hamburg rund zwei oder 2,3 Prozent, was ich ausdrücklich mit Respekt registriere. Und der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Kunst und Kultur an unserem Bruttoinlandsprodukt beträgt nicht mehr als 0,4 Prozent.

Das ist übrigens auch eine Botschaft für alle real existierenden Finanzminister der Welt: Die Konsolidierung öffentlicher Haushalte kann über die Kultur-Etats nicht erfolgen, dafür ist ihr Anteil viel zu klein und die Bedeutung viel zu groß. Ich sage das als jemand, der zwar bekennender Kulturpolitiker ist, aber auch in der eigenen Gemeinde immer wieder von der Selbstverständlichkeit der Rechtfertigung öffentlicher Ausgaben redet, die selbstverständlich auch und gerade für ambitionöse Kulturprojekte gelten muss. Vor ein paar Monaten wurde in Berlin nach jahrelangen komplizierten und aufwendigen Restaurierungen das Bode-Museum wieder der Öffentlichkeit vorgestellt, und die Frage ist natürlich zulässig, ob es denn wirklich zu rechtfertigen sei, dass für die Restaurierung eines vorhandenen Gebäudes 160 bzw. 170 Millionen Euro in die Hand genommen werden. Ich habe dann darauf hingewiesen, dass für die Restaurierung des Berliner Olympiastadions 220 Millionen Euro gebraucht wurden. Wenn der gesamte Komplex der Museumsinsel - Weltkulturerbe - in ein paar Jahren hoffentlich abgeschlossen ist, werden die öffentlichen Hände, in diesem Fall nahezu ausschließlich der Bund, etwa 1,5 Milliarden Euro verausgabt haben. Das ist eine Menge Geld. Aber gleichzeitig wird da

ein neuer Flughafen gebaut, der, wenn er auch vielleicht irgendwann wirklich einmal fertig ist, 2,5 Milliarden Euro gekostet haben wird.

Ich will das, meine Damen und Herren, ausdrücklich nicht gegeneinander ausspielen, das eine wie das andere hat seine Bedeutung. Aber auf eines lege ich schon allergrößten Wert: Investitionen in die kulturelle Infrastruktur einer Gesellschaft sind nicht weniger wichtig als Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur derselben Gesellschaft.

Die Kulturausgaben der öffentlichen Hände sagen etwas aus über den Stellenwert, den die Förderung von Kunst und Kultur in der Politik hat. Sie geben aber keine hinreichende Auskunft darüber, in welchem Ausmaß der Staat seiner Verantwortung für die Kultur nachkommt. Dazu will ich ein paar Hinweise geben, um deutlich zu machen, dass neben manchen bemerkenswerten Errungenschaften dieses Deutschen Kulturstaates auch beachtliche Fehlentwicklungen festzustellen sind, und dass wir durchaus Anlass haben, kritisch darüber nachzudenken, ob hinter und unter der nach wie vor glänzenden Fassade nicht zunehmend die Fundamente zu bröckeln begonnen haben.

Der erste kritische Hinweis, den ich geben möchte, betrifft die zuletzt im Zusammenhang mit der Föderalismusreform wieder aufgelegte und aufgelebte Debatte über die sogenannte Kulturhoheit, also die Zuständigkeit staatlicher Hände für die Förderung von Kunst und Kultur. Die Länder haben mit großem Nachdruck ihre Alleinzuständigkeit, jedenfalls was die grundsätzlichen Verantwortlichkeiten angeht, reklamiert. Was sich im Übrigen neben der Rhetorik auch in einer Reihe von durchaus praktischen operativen Fragen der Zuweisung oder Duldung von Bundesaktivitäten in der Förderung von Kunst und Kultur niederschlägt. Da gibt es die große, einsame Ausnahme: Berlin. Berlin ist im Prinzip auch der Meinung, dass den Bund das nichts angeht, aber genauso fest davon überzeugt, dass alles, was in Berlin an Kultur stattfindet, vom Bund natürlich zu finanzieren sei. Ich halte den immer wieder neu aufflammenden Streit zwischen Bund und Ländern um die sogenannte Kulturhoheit gleich für doppelt abwegig: Erstens wird niemand vernünftigerweise den Kulturstaat

Deutschland im Allgemeinen bekräftigen und gleichzeitig eine prinzipielle Unzuständigkeit des Bundes für diesen Kulturstaat durchsetzen wollen. Und zweitens lässt sich das Verhältnis des Staates zu Kunst und Kultur kaum missverständlicher ausdrücken als mit diesem unsäglichen Begriff der „Kulturhoheit“. Ein Staat der Kunst und Kultur mit hoheitlicher Gebärde begegnet ist sicher kein Kulturstaat.

Die zweite kritische Bemerkung: Der Kulturstaat kann seinen Ansprüchen nur genügen, wenn er von einer engagierten Bürgergesellschaft getragen und getrieben wird. Dies gilt sowohl für die innere Legitimation und Mehrheitsfähigkeit steuerfinanzierter Kulturausgaben, die, wie jede andere öffentliche Ausgabe auch, rechenschaftspflichtig sind, als auch und erst recht für deren notwendige Ergänzung durch privatwirtschaftliche und gemeinnützige Aufwendungen. Dabei erwarten Stifter und Spender regelmäßig und, wie ich finde, mit vollem Recht, dass die von Ihnen zur Verfügung gestellten Mittel nicht statt öffentlicher Ausgaben, sondern zusätzlich bereitgestellt werden, um Programme und Projekte möglich zu machen, die das vorhandene Angebot ergänzen sollen. Ich finde es durchaus ermutigend, welche erstaunlich schnelle Wirkungen das vor wenigen Jahren reformierte Stiftungssteuerrecht in Deutschland ausgelöst hat, von dem nun Jahr für Jahr in einem beachtlichen Umfang Gebrauch gemacht wird. Zurzeit gibt es in Deutschland über 14.000 solcher gemeinnützigen Stiftungen, die inzwischen über ein Kapital von weit mehr als 30 Milliarden Euro verfügen, deren Erträge für gemeinnützige Zwecke verwendet werden, ein beachtlicher Teil davon für Kunst und Kultur. In Hamburg gibt es, wie ich mich erkundigt habe, inzwischen über 1.000 solcher gemeinnützigen Stiftungen. Damit liegt Hamburg absolut in der Spitzengruppe der Länder und auch im Städtevergleich in einer außerordentlich beneidenswerten Position, zumal hier ein Drittel der Erträge dieser Stiftungen in den Kunst- und Kulturbereich fließen. Ein beachtlicher Zuwachs kommt jedes Jahr hinzu: Und wir registrieren bundesweit jährlich 800 bis 1.000 neue Stiftungen.

Ich bin inzwischen einigermaßen lange dabei, was die Wahrnehmung politischer Aufgaben und Funktionen angeht und muss nüchtern sagen, es gibt nicht so ganz viele Beispiele, bei denen eine bestimmte politische Initiative erstens überhaupt und

zweitens so schnell und dann in dem Ausmaß tatsächlich die gehofften Wirkungen erzeugt hat, wie das für die Änderung des Stiftungssteuerrechts nachweisbar ist. Geradezu begeistert bin ich darüber, dass der damalige nordrhein-westfälische Finanzminister, der bis zum Schluss mit zähem Widerstand die, wie er glaubte, viel zu großzügigen Regelungen des Bundes im Bundesrat bekämpft hatte, jetzt als amtierender Bundesfinanzminister in einer tätigen Wiedergutmachung seiner damaligen Fehleinschätzung eine Novellierung dieses Gesetzes angekündigt hat, die mit noch großzügigeren Regelungen für gemeinnützige Stiftungen, deren Spielräume erweitern soll.

Wenn ich von diesem beachtlichen Erfolg spreche, dann muss ich aber auch hier gleich wieder eine Relativierung hinzufügen: Zu Beginn des letzten Jahrhunderts – also ungefähr in der Zeit, an die wir heute zurückdenken – war die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland fast zehnmal so hoch wie heute. Sie ist über Weltwirtschaftskrisen, vollständige Geldentwertung und eine politisch verfolgte, jedenfalls nicht gewünschte und deswegen am Ende gründlich ruinierte bürgerschaftliche Kultur auch und gerade gemeinnützigen Engagements auf einen Rest geschrumpft, den wir seit der Jahrhundertwende vom 20. zum 21. Jahrhundert nun mühsam wieder zu restaurieren im Begriffe sind.

Meine dritte Bemerkung: Der nach meiner persönlichen Einschätzung besorgniserregendste Teil der kulturellen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland betrifft den Zustand der kulturellen Bildung in unserem Land. Die Vermittlung von Grundlagen und Interessen an bildender Kunst und Musik, wenn eben möglich auch die Motivation zur eigenen künstlerischen Betätigung, ist an den deutschen Schulen längst notleidend geworden. Der allgemein beklagte Unterrichtsausfall ist in den musischen sowie den orientierenden Fächern überdurchschnittlich ausgeprägt. Immer häufiger wird der Unterricht fachfremd erteilt, also ohne die unbestrittene Professionalität, die in den geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern für eine schiere Selbstverständlichkeit gehalten wird. Kein Klassenlehrer würde ohne Zusage freien Geleits aus einer Elternversammlung kommen, wenn er im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr den Ausfall von Mathematik- oder Physikunterricht

verkünden würde. Wenn er sich vor die gleiche Elternkonferenz stellt und mitteilt, dass nach drei Jahren, in denen bedauerlicherweise kein Musikunterricht erteilt werden konnte, in diesem Jahr wieder eine solche Möglichkeit besteht, weil sich der Sportlehrer freundlicherweise dazu bereit erklärt hätte, nachdem er zu Hause eine alte Mundharmonika gefunden hat, geht eine große Welle der Erleichterung durchs Zimmer, und damit ist das Thema scheinbar gelöst.

Hier setzen die Verantwortlichkeiten an, wenn wir das Thema so ernst nehmen, wie es ernst genommen werden muss. Jedenfalls gilt für den Umgang mit Kunst und Kultur natürlich in gleicher Weise wie für die Geistes- und Naturwissenschaften, dass ohne Kenntnis auch kein Verständnis und ohne Motivation auch kein Engagement zu erreichen ist. Wenn bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an Kunst und Kultur nicht nachwächst, dann vermindert sich unvermeidlicherweise in Zukunft sowohl das Angebot wie die Nachfrage für künstlerische Berufe sowie die Zahl der großen und kleinen Kultureinrichtungen, deren Bestand keineswegs nur durch die aktuellen Haushaltsprobleme ihrer jeweiligen Träger gefährdet ist. Der große und bunte Garten der deutschen Kulturlandschaft ist meiner Überzeugung nach weit weniger in seinen Blüten bedroht als in seinen Wurzeln. Und da auch dieses Thema heftige ökonomische Implikationen hat, empfehle ich es auch dringend der Wirtschaft zu einer ebenso sorgfältigen Befassung wie den politischen Entscheidungsgremien.

Vierte Bemerkung schließlich: Der Staat ist nach unserem Staats- und unserem Kulturverständnis nicht für Kunst und Kultur zuständig, sondern für die Bedingungen, unter denen sie stattfinden. Er hat keine materielle Zuständigkeit, weder für die Inhalte noch für die Formen, in denen sich Kunst und Kultur in einer Gesellschaft entfalten. Aber er hat eine originäre und nicht kompensierbare Verantwortung für die Bedingungen, unter denen eine solche Entfaltung überhaupt möglich ist.

Ganz praktisch: Der Staat hat eine Verantwortung für Urheberrechte, aber nicht für Literatur. Er ist für Künstlersozialversicherung zuständig, aber nicht für die bildenden Künste. Er muss sich um auskömmliche Budgets für Theater und Museen und Opernhäuser kümmern, hat aber mit deren Spielplänen und deren Inszenierungen überhaupt nichts zu tun.

Deswegen ist wahrscheinlich die wichtigste Begabung für einen Kulturpolitiker die Einsicht in die eigene Bedeutungslosigkeit. Und die Größe, für andere die Entfaltungsspielräume zu schaffen und zu sichern, die sie für ihre Begabung, ihre Kreativität, ihre Entwürfe brauchen. Deshalb, meine Damen und Herren, kann Kulturpolitik gar nicht anspruchsvoll genug sein und muss zugleich die Bescheidenheit einüben, zu deren Ende Heinrich Böll vor vielen Jahren auf der anderen Seite die Künstler aufgerufen hatte. Nirgendwo, in keinem anderen Bereich der Gesellschaft ist die Distanz zum Staat so groß und so demonstrativ und sogleich die Erwartung der Alimentierung so ausgeprägt wie im Bereich von Kunst und Kultur. Das scheint weder intellektuell besonders zwingend noch moralisch von bestechender Größe, aber es ist eine weitverbreitete Attitüde, die ihrerseits beinahe kunstvoll genannt werden kann. Worauf es allein ankommt: sie ist berechtigt. Die Kunst hat einen Anspruch gegenüber dem Staat, wenn er denn Kulturstaat sein will, nicht aber der Staat gegenüber Kunst und Kultur. Salopp formuliert: Der Kunst kann der Staat egal sein, dem Staat die Kunst nicht und die Kultur schon gar nicht.

Aber auch hier werden Art und Reichweite von Entwicklungen wiederum in ähnlicher Weise von wirtschaftlichen Aktivitäten und Orientierungen bestimmt wie von staatlichem Handeln. Ich will das nur noch mit zwei Stichworten illustrieren, auf die der größere Teil der Zuhörer vermutlich auch verzichten könnte, während ich den begründeten Verdacht habe, dass eine Handvoll unmittelbar Betroffener den gesamten bisher vorgetragene Teil für verzichtbar hielten, wenn ich nicht über Urheberrecht und Buchpreisbindung gesprochen hätte. Und deswegen ganz knapp, kurz und nicht verletzend: Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Ausmaß der Kreativität, das in einer Gesellschaft möglich ist und wirksam werden kann, ganz wesentlich auch von dem Schutz abhängt, den der Staat in seinen rechtlichen Rahmenbedingungen Urhebern gewährt. Und ich habe mit Interesse und Sympathie die letzte Erklärung, die gemeinsame Erklärung von Börsenverein, Verband Deutscher Schriftsteller und P.E.N.-Zentrum Deutschland mit Blick auf die im Deutschen Bundestag anstehende Novelle einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen gelesen und teile im Übrigen auch

ausdrücklich den berechtigten Hinweis, dass das Internet nicht zu einem urheberrechtsfreien Raum werden darf.

Mein regelmäßiger Hinweis, dass wir hier wiederum eine politische und ökonomische Aufgabe haben und eine jeweilige Verantwortlichkeit, wo mit unterschiedlichen Hebeln die einen wie die anderen auf förderliche und weniger förderliche Effekte hinwirken können, ist nun gewiss nicht mehr originell, aber immer noch zutreffend. Und was die Buchpreisbindung angeht, wiederhole ich: Sie wird in Deutschland nicht an der Politik scheitern, nicht am guten Willen des Gesetzgebers, aber möglicherweise am virtuosen Umgang von Verlagen und Buchhändlern mit diesem Privileg. Hier gibt es serienweise Selbstverstümmelungsaktionen zu Lasten einer Errungenschaft, die zu verteidigen die Branche vom Gesetzgeber auch an Fronten erwartet, die sie selbst geräumt hat. Zur Schweizer Entwicklung hat es gerade wieder in den letzten Tagen lautes Triumphgeheul von in deutscher Hand befindlichen Verlagen mit prompter Ankündigung drastischer Preissenkungen gegeben. Da ich zu diesem Thema viele Vorstrafen auf meinem Buckel habe, sage ich in dem vollen Bewusstsein zu wissen, wovon ich rede: Dieser Krug geht nicht mehr lange zu Brunnen, bevor er endgültig bricht. Das ist, ich bitte um Nachsicht, Herr Ganske, kein besonders fröhlicher Spruch zu einer Geburtstagsfeier, aber eine Ansage, zu der ich mich verpflichtet fühle, wenn wir bei solchen Gelegenheiten nicht nur Freundlichkeiten austauschen wollen, sondern Lagebeurteilungen.

Jedenfalls gratuliere ich ihnen ganz persönlich und all ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einer stolzen Verlagsgeschichte. Sie haben in diesen 100 Jahren manche Chancen genutzt, manche Herausforderungen bei den Hörnern ergriffen und manche tatsächlichen oder vermeintlichen Katastrophen überstanden. Selbst das vergangene Jahr, zu dem Günther Berg mit der Bemerkung zitiert wurde: „Die Fußballweltmeisterschaft war eine reine Katastrophe. Wochenlang hat niemand ein Buch gekauft.“ Das ist wohlmöglich auch eine Spur übertrieben, hätte sich aber vermeiden lassen. Jedenfalls beim Hoffmann und Campe Verlag, der immerhin seit 1841 die Rechte am Lied der Deutschen von Hoffmann von Fallersleben hat. Und wenn sie mich gefragt hätten, Herr Berg, hätte ich Ihnen empfohlen: Bringen Sie

rechtzeitig zum Eröffnungsspiel ein Faksimile der Erstausgabe dieses Werkes neu auf den Markt. Das wäre alleine wegen des Titelbildes der wahrscheinlich nicht mehr überbietbare Renner des letzten Büchersommers geworden. Auch dank eines inzwischen überschaubaren Bildungsniveaus des Deutschen Publikums. Denn auf der Titelseite der Erstausgabe von 1841 ist das Werk mit dem Hinweis auf Druck von Noten und Texten mit der Überschrift versehen „Melodie nach Joseph Haydn´s: Gott erhalte Franz den Kaiser, Unseren guten Kaiser Franz!“ Was glauben Sie, wie das im letzten Jahr gelaufen wäre!

Die allerletzte Bemerkung ist auch nicht von mir: „Der Umgang mit Büchern bringt die Leute um den Verstand“, soll Erasmus von Rotterdam gesagt haben. Er wird Gründe für diese Vermutung gehabt haben, vollständig ist seine Beobachtung wiederum nicht. Da ist von Zeitschriften, Herr Ganske, gar keine Rede, die er glücklicherweise noch nicht gekannt hat, und auch hier wird eine richtige Beobachtung um eine andere wichtige Information verkürzt. Den Verstand kann man, ähnlich wie das Geld, überhaupt nur dann verlieren, wenn man darüber verfügt. Das, was man nicht hat, kann einem auch nicht verlorengehen. Es kann von anderen auch nicht beseitigt werden. Sie sehen, das Verhältnis von Kultur und Ökonomie ist außergewöhnlich kompliziert und bleibt es wohl auch - vom Verhältnis von Geist und Geld gar nicht zu reden - aber das wäre ein anderes Thema, über das ich rede, falls ich je wieder eingeladen werde.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.